

Telefon: 233 - 92170
Telefax: 233 - 28998

Stadtkämmerei HA II/21
Finanz- und Investitionsplanung

Mehrjahresinvestitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019

Anlagen

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04294

Beschluss der Vollversammlung vom 21.10.2015
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	4
A. Zusammenfassung.....	4
B. Kommunalfinanzen.....	5
C. Volumen des Mehrjahresinvestitionsprogramms mit wesentlichen Details.....	7
C.1. Volumen des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 – 2018.....	7
C.2. Anmeldungen der Referate zur Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 (Entwurf).....	8
C.3. Derzeitiges Volumen des Programmentwurfs 2015 – 2019.....	10
C.4. Details zum Programminhalt der Investitionsliste 1.....	14
D. Abgleich zwischen Mehrjahresinvestitionsprogramm und Jahreshaushalt.....	17
E. Folgekosten aus Investitionen des Programmentwurfs.....	18
F. Reihenfolge großer Siedlungen.....	19
G. Programmschwerpunkte.....	20
G.1. Investitionsschwerpunkte.....	20
G.2. Notwendige Investitionen (Prioritäten).....	22
G.3. Programmvolumen der Referate.....	24
H. Bewertungen und weiteres Vorgehen.....	27
H.1. Finanzielle Situation für den Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019.....	27
H.2. Große Vorhaben in kommenden Jahren und Gesamtschau.....	28
H.3. Fachausschussberatungen über die eingestellten Investitionen und Investitionsförde- rungsmaßnahmen mit Stellungnahmen der Bezirksausschüsse.....	29
H.4. Steuerschätzung im November 2015 und Mittelfristige Finanzplanung.....	30
II. Antrag des Referenten.....	31
III. Beschluss.....	31

I. Vortrag des Referenten

A. Zusammenfassung

Die Stadtkämmerei legt mit dieser Vorlage den Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms für die Jahre 2015 bis 2019 (MIP) mit der verbindlichen Planung für das Jahr 2020 vor. Der Entwurf wird mit der Einbringung in diese Vollversammlung den Fachausschüssen zur Vorberatung im Oktober und November 2015 zugewiesen. Die Referentinnen und Referenten werden in den Fachausschüssen die geplanten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen ihres Zuständigkeitsbereiches vorstellen und begründen. Nach der Vorberatung des Entwurfs durch die Fachausschüsse wird das Investitionsprogramm nach Art. 70 Abs. 2 der Bayerischen Gemeindeordnung, ggf. mit den sich aus den Fachausschusssitzungen ergebenden Änderungen von der Vollversammlung des Stadtrates im Dezember 2015 beraten und beschlossen. Das beschlossene Investitionsprogramm bildet eine wesentliche Unterlage für die Mittelfristige Finanzplanung (§ 9 KommHV-Doppik).

Der vorliegende Entwurf des MIP umfasst ein Volumen von insgesamt rund 6.805 Mio. EUR (Volumen des Vorjahres: Programm 2014 – 2018: 4.696 Mio. EUR). Das MIP-Volumen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2.109 Mio. EUR erhöht. Auf die Ursachen wird unter Punkt C.3.1. eingegangen. Die Bewertung der Entwicklung erfolgt unter Punkt H.1. - H.3. Im Entwurf des MIP sind nach Auffassung der Stadtkämmerei die derzeit veranschlagungsfähigen und erforderlichen Investitionsmaßnahmen berücksichtigt, die schwerpunktmäßig neben dem Substanzerhalt städtischer Immobilien, den neuen bzw. zu verändernden Projekten im Bereich von „Bildung und Sport“, dem „Ausbau einer modernen Infrastruktur insbesondere auch mit energieeffizienten Komponenten“, der „Verbesserung der Wohnraumsituation“ sowie der „Förderung des kulturellen Angebots“ dienen.

Eine Prognose über die weiteren wichtigen noch nicht im MIP veranschlagungsfähigen geplanten Investitionen ergeben sich aus der aktualisierten Bekanntgabe zur **Finanz- und Investitionsplanung, „Große Vorhaben in kommenden Jahren“**. Zusammen mit dem Mehrjahresinvestitionsprogramm 2015 – 2019 erhält der Stadtrat damit ein Gesamtbild über alle bei der Landeshauptstadt München mittelfristig angedachten Investitionsvorhaben und der bereits geplanten oder laufenden Maßnahmen.

Der in diese Vollversammlung eingebrachte Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 löst das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2014 – 2018 ab, das nicht mehr fortgeschrieben wird. Der aktuelle Entwurf 2015 – 2019 wird den jeweiligen Fachausschüssen zur weiteren Beratung und nach ggf. notwendig werdenden Veränderungen u.a. aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung im November 2015 als wesentliche Unterlage der Mittelfristigen Finanzplanung 2015 – 2019 der Vollversammlung des Stadtrates im Dezember 2015 zur endgültigen Verabschiedung vorgelegt.

B. Kommunalfinanzen

Die Basis für handlungsfähige Kommunen sind verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Diese haben sich in den jüngsten Jahren zumeist positiv dargestellt. Doch das Bild ist alles andere als einheitlich. Die Finanzsituation vieler Städte bleibt angespannt.

Die Hoffnungen der Kommunen auf langsamer steigende Sozialausgaben und eine weitere Verbesserung des Finanzierungssaldos zwischen Einnahmen und Ausgaben erfüllen sich nach der Auswertung der Finanzdaten der Städte, Landkreise und Gemeinden leider nicht. Selbst bei vorsichtiger Schätzung erhöhen sich die sozialen Leistungen in diesem und dem kommenden Jahr voraussichtlich um rund 1,8 Milliarden EUR pro Jahr. Bis zum Jahr 2017 wird ein Anstieg auf mehr als 54 Milliarden EUR erwartet – nach 47 Milliarden Euro im Jahr 2013.

Für die Jahre 2014 bis 2017 prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände einen Überschuss für die Gesamtheit der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von ein bis zwei Milliarden Euro. Bisherige Erwartungen mussten dabei jedoch deutlich nach unten korrigiert werden. Viele Kommunen bleiben weit davon entfernt, aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Deutliche Unterschiede zeigen sich aber auch in den Handlungsmöglichkeiten von finanzstarken und finanzschwachen Kommunen – unabhängig von der Frage, ob es sich um kreisfreie Städte, Landkreise, kreisangehörige Städte oder Gemeinden handelt. Finanziell stabile Kommunen können zusätzliche Einnahmen dazu verwenden, ihre Infrastruktur fit für die Zukunft zu machen. Finanziell überlastete Kommunen müssen ihre ohnehin niedrigen Investitionsausgaben nochmals einschränken, um die Defizite zu reduzieren. Trotz der Sonderprogramme mit Entschuldungshilfen in einigen Ländern ist ein bundesweiter Rückgang der Kassenkredite nicht zu verzeichnen.

Der Finanzierungssaldo der kommunalen Kernhaushalte für die Jahre 2014 bis 2017 liegt nach der Prognose in der Größenordnung von 1,1 bis 1,9 Milliarden EUR. Der Finanzierungssaldo nimmt dabei von Jahr zu Jahr ab, lediglich die zugesagte Soforthilfe des Bundes in Höhe von 1 Milliarde EUR bundesweit wird im Jahr 2015 für eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr sorgen.

Bei den Investitionen ist – bei sehr unterschiedlichem Ausgangsniveau in den einzelnen Ländern und Kommunen und einer Entwicklung, die diese Unterschiede noch vertieft – in den kommenden Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2,0 Prozent zu rechnen. 2015 wird eine Summe von 22,1 Milliarden EUR erwartet. Die Steigerungsraten der sozialen Leistungen sind doppelt so hoch, in absoluten Zuwachsbeträgen nehmen die sozialen Leistungen sogar viermal so stark zu.

Die Kassenkredite der Kommunen belaufen sich weiterhin auf knapp 50 Milliarden EUR. Auch die verschiedenen Sonderprogramme mit Entschuldungshilfen in einzelnen Ländern haben noch keine Trendwende beim bundesweiten Kassenkreditvolumen bewirken können.

Für die **Landeshauptstadt München** war das zurückliegende Haushaltsjahr 2014 zweifellos ein besonders gutes Finanzjahr.

Im Jahr 2014 konnten erneut Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 2,329 Mrd. EUR verzeichnet werden. Das sind rund 3 Prozent oder 58 Mio. EUR mehr als im Jahr 2013 (2,271 Mrd. EUR). Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betrugen insgesamt 6,1 Mrd. EUR. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr (5,7 Mrd. EUR) um 407 Mio. EUR oder sieben Prozent basiert primär auf den sehr guten Steuereinnahmen. Der Schuldenstand konnte weiter reduziert werden. Zum Jahresende 2014 verfügte die Stadt weiterhin über einen hohen Finanzmittelbestand. Den verbesserten Einzahlungen standen deutlich gestiegene Auszahlungen gegenüber, die auch im Jahr 2015 sowie mittelfristig u.a aufgrund der deutlichen Personalausweitungen weiter überproportional ansteigen werden.

Der aktuell noch verfügbare finanzielle Spielraum erlaubt es finanzielle Vorsorge zu treffen. So lag der Schuldenstand im Hoheitshaushalt zum 31. Dezember 2014 bei 906 Mio. EUR. Für das Jahr 2015 (Stand Haushaltsplan 2015 10/2015) ist keine Kreditaufnahme jedoch eine Tilgung in Höhe von 169,2 Millionen Euro eingeplant. Eine Nettoneuverschuldung ist somit nicht vorgesehen. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt damit ca. 489 Euro (Einwohnerstand 30.6.2015: 1.503.188 Einwohner).

Die Landeshauptstadt München steht mit ihrer starken Anziehungskraft und stetig steigenden Einwohnerzahlen einer immer größer werdenden Herausforderung auch im Investitionsbereich gegenüber.

Die überaus starke Investitionsoffensive im Bereich Bildung, die Ausbauaktivitäten bei Kindertageseinrichtungen, der hohe Einsatz für die Flüchtlingshilfe, die intensivierte Siedlungsbautätigkeit im Stadtgebiet, das hohe Immobilienportfolio der Stadt, diverse Sonderbauprogramme, das Wohnungspolitische Handlungsprogramm „Wohnen in München V“, die geplanten Generalinstandsetzungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen und die Investitionsförderung freier Kita-Träger kennzeichnen die aktuelle Situation.

Bei den Kostenerstattungen für Aufwendungen des übertragenen Wirkungskreises sowie der Erstattung bei den Lehrpersonalkosten beläuft sich das auftretende Finanzierungsdefizit auf jährlich rund 350 Mio. € und verringert in dieser Größenordnung die verfügbaren städtischen Finanzmittel.

Zudem führt eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes für die Landeshauptstadt München dazu, dass mögliche zukünftige Schlüsselzuweisungen deutlich geringer ausfallen als bisher.

Finanzielle Entlastungen bringt derzeit die Entscheidung des Bundes, stufenweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu übernehmen (in 2013 wurden 75 % und ab 2014 werden 100 % erstattet).

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) von 1971 wurde mit der Föderalismusreform 2006 angepasst. Bis Ende 2019 erhalten die Länder vom Bund zum Ausgleich jährlich 332,56 Millionen Euro (für Projekte mit Investitionsvolumen von je über 50 Millionen Euro) aus dem Entflechtungsgesetz zur Förderung von Bau und Ausbau von Verkehrswegen, kommunalen Vorhaben (Straßenbahnen, U-Bahnen und S-Bahnen). Zudem zahlt seit 2007 der Bund als Ersatz an die Länder für wegfallende GVFG-Beträge jährlich 1,3 Milliarden Euro. Auch dies läuft 2019 aus.

Dabei geht es nicht nur um Neubau. Der Bayerische Städtetag fordert deshalb eine Verlängerung der Bundesförderung über 2019 hinaus und eine Aufstockung von 1,33 auf 1,96 Milliarden Euro bundesweit jährlich für kommunalen Straßenbau und öffentlichen Nahverkehr.

In der 39. Kalenderwoche wurde zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten der Länder eine unveränderte Fortsetzung des GVFG vereinbart. Die entsprechende gesetzliche Umsetzung ist abzuwarten. Da die Mittel voraussichtlich über die Länder ausgereicht werden, bleibt abzuwarten, ob Bayern den gesamten vom Bund erhaltenen Betrag an die Städte und Gemeinden weiterleitet und ob der derzeitige Verteilungsschlüssen beibehalten bleibt.

C. Volumen des Mehrjahresinvestitionsprogramms mit wesentlichen Details

C.1. Volumen des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 – 2018

Das bis zum heutigen Tag laufende Mehrjahresinvestitionsprogramm 2014 – 2018 wurde von der Vollversammlung des Stadtrates gemeinsam mit der Mittelfristigen Finanzplanung 2014 – 2018 am 17.12.2014 verabschiedet. Für das endgültige, der Regierung von Oberbayern vorzulegende Zahlenwerk wurde aufgrund der Stadtratsermächtigung noch der technische Schlussabgleich für das Jahr 2015 eingearbeitet.

Danach wiesen Mittelfristige Finanzplanung und Mehrjahresinvestitionsprogramm **2014 – 2018** folgende Werte (Mio. €) aus:

Investitionsvolumen	Gesamt 2014 - 2018	2014	2015	2016	2017	2018
Gesamtsumme Einzahlungen für Investitionen/Investitionsfördermaßnahmen	2.380	551	626	459	376	368
davon Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen	971	223	239	195	158	156
Summe Einzahlungen für Investitionen/Investitionsfördermaßnahmen	1.409	328	387	264	218	212
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.767	1.357	1.183	1.138	1.064	1.025
davon Auszahlungen für Erwerb von Finanzanlagen	1.071	234	252	218	166	201
Summe Auszahlungen für Investitionen/Investitionsfördermaßnahmen (Maßnahmenvolumen der Investitionsliste 1)	4.696	1.123	931	920	898	824

C.2. Anmeldungen der Referate zur Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 (Entwurf)

Die Anmeldungen der Sachreferate zur Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogramms bilden im wesentlichen die Grundlage für den Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 mit dem verbindlichen Planungsjahr 2020.

Die Anmeldungen mussten im Vollzug des Beschlusses der Vollversammlung vom 17.12.2014 grundsätzlich auf den überarbeiteten Investitionsraten der Maßnahmen, die bereits in der bisherigen Investitionsliste 1 ausgewiesen waren und den unterjährig gefassten Investitionsbeschlüssen basieren sowie insbesondere mit dem Sammelbeschluss 2015 abgestimmt sein. Zusätzlich gemeldete Maßnahmen wurden grundsätzlich den Investitionslisten 2 und 3 zugewiesen, sofern nicht explizit vom Stadtrat durch Einzelbeschluss die Einstellung in die Investitionsliste 1 beschlossen wurde oder der erforderliche Beschluss noch in diesem Jahr kommt. Für neu aufzunehmende Maßnahmen müssen generell entsprechende Stadtratsentscheidungen als Grundsatz- oder Finanzierungsbeschlüsse vorliegen.

Unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Zielsetzungen, der Schwerpunkte der städtischen Investitionspolitik, den Leitlinien der Perspektive München, den erwarteten staatlichen Zuschussleistungen, den Bedarfsnachweisen, den dargestellten aktuellen Projektständen und den mit den Jahreshaushalten korrespondierenden Angaben, insbesondere der Änderungen zum Entwurf des Nachtrags 2015 sowie zum Haushaltsentwurf 2016, wurden die Anmeldungen zum Programmentwurf weiterentwickelt.

Die Anmeldungen für das zusätzliche Jahr 2020 stellen verbindliche Planzahlen dar und werden, sofern sich der Sachstand nicht verändert, bei der nächsten Programmfortschreibung in den gesetzlich vorgegebenen Fünfjahreszeitraum einfließen.

Der Programmentwurf berücksichtigt im wesentlichen Projekte aus folgenden Kategorien:

- ◆ Fortsetzungsmaßnahmen
- ◆ Projekte aus dem Bereich der Pflichtaufgaben,
- ◆ notwendige Vorhaben der Grundversorgung und des Substanzerhalts,
- ◆ andere Bindungen bei den sonstigen Aufgabenbereichen (z. B. Sicherheits- und Brandschutzauflagen).

Alle Anmeldungen der Sachreferate wurden konsequent an diesen Prioritäten und unter dem Blickwinkel einer realistischen Bedarfsableitung sowie der allgemeinen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Benehmen mit den zuständigen Sachreferaten überprüft und entsprechend angepasst. Dabei wurde von einer lediglich zeitlichen Streckung der Bauraten abgesehen, da dies in der Regel zu unwirtschaftlichen Bauabläufen führt.

2011 wurde im Hinblick auf die Zahlungswirksamkeit eine Evaluierung der investiven Planung (Mehrjahresinvestitionsplanung und Finanzhaushalt/ Investitionstätigkeit) eingeleitet. Ziel ist es, die Anmeldungen der Referate noch stärker als bisher an den voraussichtlichen Mittelbedarfen (Ein- und Auszahlungen) in den einzelnen Programmjahren auszurichten. Hierzu wurden und werden geeignete Maßnahmen ergriffen.

In den Jahren 2012 bis 2014 konnte das Volumen der entstandenen sowie in das folgende Haushaltsjahr übertragenen Haushaltsauszahlungsreste erheblich reduziert werden. Unter anderem werden im Jahresabschluss entstandene investive Reste ab 1 Mio. EUR eingezogen und bedarfsbezogen in die einschlägigen Jahresraten der Mehrjahresinvestitionsprogramme und in die jeweiligen Finanzhaushalte wieder eingeplant.

Zusätzlich werden die von den Referaten angemeldeten Bedarfe von der Stadtkämmerei im laufenden Jahr mehrfach unterjährig intensiv hinsichtlich des aktuellen und voraussichtlichen Mittelabflusses zum Jahresende überprüft und bei Bedarf im Finanzhaushalt zum Nachtrag bzw. jeweiligen Schlussabgleich sowie in den jeweiligen Fortschreibungen des MIP Korrekturen veranlasst.

Seit dem Jahr 2013 werden verstärkt betragsmäßig hohe Pauschalen untersucht und die Planungen an die voraussichtlichen Mittelabflüsse und -bedarfe angepasst. In allen Fällen ist, u.a. durch die Grünen Anordnungen, sichergestellt, dass sich dadurch keine Beschaffungs- oder Bauverzögerungen ergeben und ggf. eingezogene Mittel kurzfristig auf dem Büroweg bis zur Höhe des Einzugsbetrages wieder zur Verfügung gestellt werden.

Für alle in diesen Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 eingestellten Maßnahmen hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung die grundsätzliche Übereinstimmung mit den stadtentwicklungsplanerischen Zielsetzungen sowie der Programmatik der Perspektive München bestätigt.

C.3. Derzeitiges Volumen des Programmentwurfs 2015 – 2019

Die Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des einzubringenden Programmentwurfs der Verwaltung (**Anlage 1** dieser Vorlage) gliedern sich wiederum in einem integrierten System in **drei Investitionslisten**, die eine strukturelle Gliederung der städtischen Investitionsvorhaben widerspiegelt (ganzheitliches Abbildungssystem).

Im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2015 – 2019 wird eine konzeptionelle Verbesserung im Vergleich zu den Vorjahresprogrammen eingeführt. Bisher erfolgt die Aufnahme einer Maßnahme in das Mehrjahresinvestitionsprogramm generell erst, wenn eine Grundsatzentscheidung in Form eines Finanzierungsbeschlusses des Stadtrates vorliegt und damit ausreichende Sicherheit besteht, dass die Investition auch realisiert wird.

Bei Baumaßnahmen sehen die Baurichtlinien zudem die Aufnahme in das MIP spätestens bei Vorliegen des Projektauftrages vor. In der Regel wurden bisher Baumaßnahmen daher mit Vorliegen des Projektauftrages aufgenommen, da dann auch erste qualifizierte Kostenberechnungen für die Maßnahme vorliegen.

Maßnahmen **ohne** Grundsatz- bzw. Finanzierungsbeschluss bzw. Projektauftrag und hinreichend genaue Kostenberechnungen werden bislang in der Bekanntgabe „Große Vorhaben“ (bei Baumaßnahmen ggf. ergänzend die Planungskosten im MIP) dargestellt. Das schätzbare Kostenvolumen der Großen Vorhaben ist in den letzten drei Jahren durch diverse geplante (Bau)Vorhaben erheblich bis zum Jahr 2014 auf rd. 12 Mrd. € angestiegen. Daher bemüht sich die Stadtkämmerei seit längerem, insbesondere für geplante Großinvestitionen, früher als derzeit voraussichtliche Auszahlungsgrößen in Form von Finanzrahmen von den Fachreferaten zu erhalten oder ersatzweise selber zu erarbeiten. Entsprechende Berechnungsverfahren wurden in den beiden letzten Jahren bei den Großen Vorhaben getestet.

Nachdem inzwischen hinreichend Erfahrungen gesammelt wurden, werden daher entsprechende Großinvestitionen, sofern ein Grundsatz- oder Finanzierungsbeschluss und damit Realisierungssicherheit vorliegt **und** eine erste Kostenschätzung in Form eines Finanzrahmens vom Fachreferat ermittelt wurde, abweichend vom bisher praktizierten Verfahren in das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2015 – 19 in die Investitionsliste 1 aufgenommen. Gleiches gilt, wenn noch dieses Jahr ein entsprechender Grundsatzbeschluss zu erwarten ist und vom Fachreferat im Vorfeld ein Finanzrahmen genannt wurde.

In das MIP 2015 – 2019 wurden nach diesen Grundsätzen folgende Maßnahmen neu in die Investitionsliste (IL) 1 aufgenommen:

- Verlängerung der U 5 nach Pasing (Neubewertung des Finanzbedarfs)
- Stadtmuseum, 2. Bauabschnitt
- Neubau des Volkstheaters
- Pauschale für das Schulbauprogramm 2015 (Stadtratsbefassung im Dezember 2015 angestrebt) sowie

- Gewährung von zusätzlichen Finanzmitteln für die städtischen Wohnungsbau- gesellschaften (Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat den Beschluss „Fortschreibung Wohnen in München V – Städtische Wohnungsbaugesellschaften“, Nr. 14 – 20 / V 03607 in die Vollversammlung am 29.07.2015 eingebracht).

Geplante Großinvestitionen für die in 2015 kein Grundsatz-/Finanzierungsbeschluss mehr zu erwarten ist und die Stadtkämmerei den Finanzrahmen geschätzt hat, gleichzeitig aber eine hohe Sicherheit besteht, dass die Investition beschlossen wird, werden im MIP 2015 – 2019 in der Investitionsliste **2** dargestellt.

Dies betrifft folgende Maßnahmen:

- Bildungscampus Freiam Nord
- Schulbauprogramm 2016 (Vorschau im Zusammenhang mit Bauprogramm 2015, s.o.)
- Pauschalen für ein fortgeschriebenes Programm Wohnen in München VI; hier wurden die bisherigen Ansätze aus WIM V angesetzt.

Sobald bei diesen Maßnahmen die Grundsatz- oder Finanzierungsbeschlüsse vorliegen, werden sie in das MIP, IL 1 übernommen.

Zwar sind bei diesen Maßnahmen die Finanzrahmen durch den sehr frühen Planungsstand mit größeren Unsicherheiten behaftet. Daher können sich mit zunehmender Planungsschärfe bei den Maßnahmen noch Änderungen der ermittelten Investitionsbedarfe und -auszahlungen ergeben. Die vollständige und damit realistischere Darstellung im MIP und in der Finanzplanung wiegt diesen Umstand aus Sicht der Stadtkämmerei jedoch auf.

Die oben genannten Maßnahmen der IL 1 umfassen im Programmzeitraum 2015 – 2019 ein Volumen von rd. 740 Mio. € (bzw. Gesamtkosten von 964 Mio. €). Diese Maßnahmen werden auch bei der Finanzplanung 2015 – 2019 im Hinblick auf die Finanzierung berücksichtigt.

C.3.1. Investitionsliste 1

Dem Investitionsvolumen sind im Zuge des doppelischen Rechnungswesens auch die **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen** hinzuzurechnen. Die korrespondierenden Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen werden in der Mittelfristigen Finanzplanung (nächster Beschluss FAVV am 15./16.12.2015) dargestellt.

Nach Überprüfung, Bewertung und Korrektur der Anmeldungen der Referate wurde der Entwurf nochmals mit den betroffenen Sachreferaten abgestimmt. Danach ergeben sich folgende Summen für die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** (Mio. €):

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Investitionsliste 1 <u>ohne</u> Anteil der Stadtwerke München GmbH (Kapitalrückführung) und Städtisches Klinikum München (Kapitalaufstockung))	5.575	1.322	1.225	1.091	982	955	714
zzgl. Stadtwerke München GmbH (Ka- pitalrückführung und -aufstockung) *	1.023	307	114	174	228	200	200
zzgl. Städtisches Klinikum München (Auf- stockung Eigenkapital)	207	26	52	26	43	60	73
Summe Auszahlungen für Investitio- nen/Investitionsfördermaßnahmen (Maß- nahmenvolumen der Investitionsliste 1)	6.805	1.655	1.391	1.291	1.253	1.215	987
zzgl. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	870	220	238	165	175	72	82
Summe Auszahlungen aus Investiti- onstätigkeit	7.675	1.875	1.629	1.456	1.428	1.287	1.069
*Für 2020 sind noch keine Angaben aus dem Wirtschaftsplan der SWM GmbH vorhanden – zunächst Platzhalter							

Das Investitionsvolumen von **6.805 Mio. EUR** hat sich im Vergleich zum Vorjahresprogramm mit **4.696 Mio. EUR** rechnerisch um **rund 2.109 Mio. EUR im Programmzeitraum erhöht**. Die Steigerung des Investitionsvolumens hat mehrere Gründe. Die größeren Positionen sind:

- In der VV am 29.07.2015 wurden für die **AA-Prioritäten** die Maßnahmen für die Festbauprogramme 2015 sowie 2016 ff. genehmigt. Im Vorgriff auf den Bauprogrammbe-
schluss 2015 (mit Vorschau 2016), der im Dezember in den Stadtrat eingebracht wer-
den soll, wurden in das MIP für das Bauprogramm 2015 ein Finanzierungsrahmen in
Form einer Baupauschale aufgenommen. Diese umfasst im Programmzeitraum knapp
500 Mio. EUR. Der Schwerpunkt der Auszahlungen liegt allerdings noch außerhalb des
fünfjährigen Programmzeitraums. Insgesamt sind für den Bereich Schulen, Kinderta-
gesstätten und Kinderkrippen rund 1.900 Mio. EUR im Programmzeitraum eingestellt.
- Die Pauschale für Flüchtlinge und Wohnungslose wurde in der Vollversammlung am
20.05.2015 von 125 auf 565 Mio. EUR aufgestockt. Die Pauschale dient hauptsächlich
zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung (konsumtive Bedarfe, z.B. für Anmietun-
gen von Gebäuden werden hieraus abgespalten) und der Unterbringung von Woh-
nungslosen in München.
- Im Nachtrag 2015, der in der gleichen Vollversammlung eingebracht wird, werden eine
Kapitalaufstockung bei der SWM GmbH sowie ein Grundstücksankauf von den SWM
in Höhe von rd. 400 Mio. € zur Genehmigung vorgelegt. Im Vorgriff auf den Nachtrag
sind die Auszahlungen in das MIP aufgenommen worden.

C.3.2. Investitionsliste 2

Die **Investitionsliste 2** enthält eine Reihe zusätzlicher Investitionsvorhaben, die finanziell noch nicht abgesichert sind. Planungen für Vorhaben können dort aufgenommen bzw. fortgeführt und jeweils zu einem wirtschaftlichen Abschluss gebracht werden („Vorratsplanungen“). Über eine anschließende Vorstufung in die Investitionsliste 1 bzw. über die definitive Finanzierbarkeit ist regelmäßig eine Entscheidung des Stadtrats (Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogramms oder in dringenden Fällen per Einzelbeschluss) herbeizuführen.

Bis dahin sind notwendige Planungskosten ggf. nach entsprechender Abstimmung mit der Stadtkämmerei grundsätzlich aus der ab 2014 dotierten Pauschale (6010.9910) von jährlich 2 Mio. EUR, eingestellt in die Investitionsliste 1, zu finanzieren. Für alle übrigen Maßnahmen der Investitionsliste 2 können grundsätzlich keine Planungen erfolgen, jedoch wird je Maßnahme der ermittelte Finanzmittelbedarf dargestellt. Lediglich in begründeten Ausnahmefällen ist durch das zuständige Sachreferat im Einvernehmen mit der Stadtkämmerei durch Einzelbeschlüsse der Vollversammlung die Zustimmung zur Planung herbeizuführen und eine Finanzierung der Planungskosten aus der neuen Pauschale anzustreben.

Die deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahresprogramm ist auf die bei Ziffer C.3. beschriebene konzeptionelle Änderung sowie die dort genannten Projekte und Maßnahmen zurückzuführen.

Das Investitionsvolumen der Investitionsliste 2 (in Mio. €) erreicht:

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Investitionsliste 2	749	10	33	130	239	337	422

C.3.3. Investitionsliste 3

In der **Investitionsliste 3** sind alle übrigen angemeldeten Vorhaben enthalten, die nicht in Investitionsliste 1 oder 2 einzustellen sind. Bei besonderer Dringlichkeit (Pflichtaufgaben, Maßnahmen zum Substanzerhalt, eigenwirtschaftliche Maßnahmen) können Maßnahmen auch wenn sie noch nicht in der Bekanntgabe über „Große Vorhaben in kommenden Jahren“ (Finanzausschuss 21.10.2014/Vollversammlung 22.10.2014) erfasst waren zur Investitionsliste 3 angemeldet werden. Hierbei ist unter Anwendung eines strengen Maßstabes zu prüfen, ob und welche Maßnahmen überhaupt schon anmeldereif sind, ob sie Realisierungschancen haben und wann insbesondere unter Berücksichtigung der vorlaufenden Planungen und der Zahlungswirksamkeit die ersten Auszahlungen im Programmzeitraum vorgesehen sind. Die Investitionsliste 3 enthält ein Volumen von 28 Mio. EUR mit jährlichen Jahresraten in Höhe von (in Mio. €):

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Investitionsliste 3	28	0	9	12	6	1	

C.4. Details zum Programminhalt der Investitionsliste 1

C.4.1. Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen

Bei der Erarbeitung des Programmentwurfs wurde nach wie vor dem sozialpolitisch als vorrangig erachteten **Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen** höchste Priorität zuerkannt. Dadurch wird u.a. dem erhöhten Bedarf und auch den Vorgaben des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) i.V.m. § 24 Abs. 2 Sozialgesetzbuch VIII) nachgekommen, das ab dem 01.08.2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren vorsieht. Stadtweit konnte die Versorgung der Bevölkerung mit Kinderbetreuungsplätzen weiter verbessert werden. Unter Einbeziehung aller Maßnahmen aus den städtischen Bauprogramm 2011, Ausbauoffensive für Kinderbetreuungseinrichtungen mit den Fortschreibungen 2012, 2013 und 2014, umfasst es ein Volumen von rund 229 Mio. EUR. Für die Kinderbetreuungseinrichtungen im Planungszeitraum 2015 – 2019 sind Baukosten von rund 199 Mio. EUR in die Investitionsliste 1 eingestellt. Die Investitionsliste 2 enthält weitere Vorhaben mit einem Mittelbedarf von rund 13 Mio. EUR. Die Vorhaben sind grundsätzlich dem Abschnitt 4647 „Optimierter Regiebetrieb“, Kindertagesbetreuung, zugeordnet. Kombinierte Vorhaben sind auch im Einzelplan 2 „Schulen“ sowie im Abschnitt 43 „Einrichtungen der Sozialhilfe“ ausgebracht.

Zudem ist für Vorhaben der Kinderbildung und -betreuung, die im Teileigentum erworben werden sollen, im Gesamtansatz beim Kommunalreferat, Allgemeines Grundvermögen (Unterabschnitt 8800, Erwerb von Grundvermögen, rund 407 Mio. EUR) ein Anteil von 50 Mio. EUR enthalten. Hierfür ist die Einzelermittlung der Werte auf Basis der für den Bereich der Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) geltenden Richtwerte erfolgt.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen kurzen Gesamtüberblick, welche zusätzlichen **städtischen Kinderbildungs- und -betreuungsangebote** neu geschaffen werden sollen:

	Krippen	KiGa/Haus für Kinder	Horteinrichtungen	KiTZ-Gruppen (0-6 Jahre)
a) Gruppen				
Investitionsliste 1	210	182	33	7
Investitionsliste 2	55	40	0	2
Summe	265	222	33	9
b) Plätze				
Investitionsliste 1	2.520	4.538	8.250	105
Investitionsliste 2	660	1.000	0	30
Summe	3.180	5.538	8.250	135
c) Kosten 2015 - 2019 (Mio. €)				
Investitionsliste 1	199,0			
IL 1, Unterabschnitt 8800	50,0			
Investitionsliste 2	13,0			
Summe	262,0			

In der IL 1 sind darüber hinaus rund 99 Mio. EUR Baukostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen **nichtstädtischer** Träger enthalten. Das Volumen der zusätzlichen Kinderbildungs- und -betreuungsangebote erreicht damit 348 Mio. EUR.

Mit den sich bereits in der konkreten Planung befindlichen und finanzierten Projekten sowie den noch im Rahmen der Ausbauoffensive festzulegenden Bedarfe, zu planenden und zu gegebener Zeit zu finanzierenden Vorhaben kann den Erfordernissen einer gesetzlich notwendigen, umfassenden und zukunftsorientierten Kinderbetreuung Rechnung getragen werden.

C.4.2. Schule und Sport

Aufgrund des Wachstums der Landeshauptstadt, steigender Geburtenraten, bestehender Defizite im Bestand und geänderten Übertrittsverhaltens in Schulen gehört es zu den vordringlichen Aufgaben der Stadt aktuell und mittelfristig prognostizierte Bedarfe für Schulen und Einrichtungen im Bestand, Erweiterungs- und Neubauten bedarfs- und zeitgerecht sicherzustellen und den Zustand der Bestandsbauten dauerhaft zu erhalten und zu verbessern. Hierzu wurde vom Stadtrat in 2014 das Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020 auf den Weg gebracht.

Der Einwohnerzuwachs erfordert im Hinblick auf die aktuellen Bevölkerungsprognosen bis zum Jahr 2030 die Einrichtung einer ganzen Reihe von neuen Schulen bzw. die Ausschöpfung aller Erweiterungsmöglichkeiten bei bestehenden Einrichtungen. Hierbei ist der aktuelle starke Zugang von Flüchtlingen noch nicht berücksichtigt. Analog den Kinderbetreuungseinrichtungen wurde eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe „Schulbauoffensive“ gebildet. Hauptsächliches Ziel ist eine Schulentwicklungsplanung und räumliche Bedarfsplanung für die allgemeinbildenden öffentlichen Schulen in München zu erarbeiten sowie eine wirtschaftliche, bedarfs- und zeitgerechte Umsetzung zu gewährleisten.

Im Bereich des Schulbaus konzentriert sich die Investitionstätigkeit auf folgende Schwerpunkte, die über mehrere Bauprogramme, beginnend ab 2015 bewältigt werden soll:

- den Neubau, die Erweiterung, den Umbau und die Instandsetzung an Grundschulen und Förderschulen/Förderzentren,
- den Neubau, die Erweiterung und den Umbau an Mittelschulen,
- den Neubau, die Erweiterung, den Umbau und die Instandsetzung an Realschulen,
- den Neubau die Erweiterung, den Umbau und die Instandsetzung an Gymnasien und
- den Neubau und die Errichtung von beruflichen Schulen.

Auch soll den neuen sozialpolitischen und pädagogischen Erkenntnissen im Bildungsbereich Rechnung getragen werden, wie z.B. verstärkter Ausbau von Ganztageschulen, modifizierte Schulkonzepte (Abkehr von Frontalunterricht, Umstieg auf das Lernhauskonzept), Modernisierung von Fachlehrsälen etc. Dies löst eine Vielzahl investiver Maßnahmen aus, um hier die baulichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Freistaat Bayern gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel u.a. für Schulbaueinzelvorhaben Investitionszuwendungen nach Art. 10 FAG. Die jeweiligen Ansätze im Mehrjahresinvestitionsprogramm für zu erwartende staatliche Zuwendungen können in der Regel maßnahmenscharf erst ab einem bestimmten Planungsstand der Schulprojekte in das MIP eingestellt werden.

Für den Bereich des Sports sind insgesamt rund 90 Mio. EUR eingeplant. Die Investitionen von Münchner Sportvereinen werden durch die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen gefördert. In den 90 Mio. EUR ist auch die Pauschale für die städtische Sportinfrastruktur enthalten.

Im Einzelplan 2, Schulen, werden rund 1,6 Mrd. EUR und im Einzelplan 5, Bereich Sport, sind für die Bezirkssportanlagen und die Sportvereinsförderung nochmals rund 90 Mio. EUR, zusammen über 1,7 Mrd. EUR im MIP-Programmzeitraum vorgesehen. Zusätzlich sind der Bildungscampus Freiamt mit etwa 191 Mio. EUR (Gesamtkosten 255 Mio. EUR) und die Schulbaupauschale 2016 mit rund 305 Mio. EUR (Gesamtkosten 1.509 Mio. EUR) in IL 2 eingestellt.

C.4.3. Weitere Maßnahmen

Neben den vorstehend genannten Schwerpunkten enthält der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms noch weitere größere Investitionsbedarfe.

Der Entwurf der Investitionsliste 1 weist, neben den Schulbaumaßnahmen auf verschiedenste Bereiche verteilt, weitere größere Bauvorhaben auf, die bislang ebenfalls nur mit **Planungskosten** bzw. mit Kosten für einen Untersuchungsauftrag enthalten sind. Es handelt sich hier hauptsächlich um Generalinstandsetzungen sowie Neubauten von Verwaltungsgebäuden und Feuerwachen. Angesichts des auch hier hohen erforderlichen Investitionsbedarfs ist zeitgerecht jeweils über eine Finanzierungsmöglichkeit zu entscheiden.

U-Bahnbau

Die Verlängerung der U 5 nach Pasing wurde vom Stadtrat am 29.07.2015 mit rund 547 Mio. EUR Gesamtkosten beschlossen. Bisher waren die Kosten nur mit 240 Mio. EUR im MIP eingestellt. Nicht enthalten in der Juli-Vorlage war eine ausreichende Risikovorsorge. Aufgrund der besonderen Situation ist ein Risikoaufschlag von 20 % von der Stadtkämmerei zusätzlich eingeplant worden. Im aktuellen MIP-Zeitraum fallen allerdings nur rund 78 Mio. EUR an.

Straßen- und Brückenbau

Allein für die städtischen Straßen sind im UA 6300 rund 334 Mio. EUR eingesetzt. Darin sind die Busbeschleunigungsvorhaben, der Neubau von Straßen in Zusammenhang mit der forcierten Wohnbebauung, Umbaumaßnahmen, erstmalige Herstellung von Straßen, die Nahmobilitätspauschale, Fuß- und Radwege, Instandsetzung und Erneuerung von Brücken und Unterführungen, Erschließungsmaßnahmen von Siedlungsgebieten und Gewerbegebieten usw. enthalten. Im UA 6600 sind die großen Maßnahmen des Mittleren Rings enthalten. Für den Ausbau der Ortsdurchfahrten an Bundes- und Landesstraßen sind weitere rund 158 Mio. EUR im Programmzeitraum enthalten.

Wohnen in München V

Im Grundsatz entsprechen alle Ansätze für das Wohnungspolitische Handlungsprogramm „**Wohnen in München V**“ der Beschlusslage aus dem Jahr 2012. Allerdings wurden die jeweiligen Jahresraten möglichst eng an den zu erwartenden Zahlungsabfluss angepasst. Mit Beschluss der Vollversammlung vom 29.07.15 wurden für den Programmabschluss WIM VI im nächsten Jahr bereits erste Vorentscheidungen getroffen. Das Programm WIM V (2012 – 2016) umfasst ein Auszahlungsvolumen von insgesamt 800 Mio. EUR, verteilt auf mehrere Pauschalen. Ab 2017 wurde für jede der 6 Pauschalen auf Basis von Erfahrungswerten des aktuellen Programms im Vorgriff auf den nächsten Jahr zu erwartenden Grundsatz- und Finanzierungsbeschluss jeweils eine neue Pauschale WIM VI in IL 2 vorgeplant.

Städtisches Klinikum München GmbH

Nach der aktuellen Beschlusslage wurden zur Sicherung des Gesundheitswesens in der Landeshauptstadt München die weiteren Jahresraten u.a. bei der Erhöhung des Eigenkapitals an die Städtische Klinikum München GmbH (0305.1000) i.H.v. insgesamt 277 Mio. EUR (2015: 42 Mio. €, 2016: 62 Mio. €, 2017: 33 Mio. €, 2018: 44 Mio. €, 2019: 96 Mio. €, 2020ff. 102 Mio. €) in diesen Entwurf eingestellt.

Durch die Stadtkämmerei werden die Planansätze der Folgejahre aktualisiert und in den entsprechenden Planungsrunden im MIP und Haushalt aufgenommen.

Nähere Einzelheiten zum Programminhalt und zur jeweiligen Dotierung sind in der **Anlage 1, Seite 33ff.**, zu dieser Beschlussvorlage erläutert (siehe vor allem Investitionslisten 1 bis 3).

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der Praktikabilität im Umgang mit den Planwerken wurde in den Datenausdrucken das **bewegliche Anlagevermögen** der Investitionsliste 1 (dunkelgelber Teil der Anlage 1) gesondert dargestellt.

D. Abgleich zwischen Mehrjahresinvestitionsprogramm und Jahreshaushalt

Der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 nimmt in den Jahresraten 2015 und 2016 grundsätzlich die Entwürfe des Nachtrags zum Haushalt 2015 und des Jahreshaushalts 2016 (Stand: Detailplanung) sowie die zwischenzeitlich gefassten Einzelbeschlüsse mit „MIP - Relevanz“ (einschließlich der Vollversammlung des Stadtrates am 29.07.2015) auf.

Die Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit wurden hinsichtlich Vollständigkeit und Übereinstimmung insbesondere im Bereich der aller Voraussicht nach eintretenden Zahlungswirksamkeit nach strengen Maßstäben überprüft.

In erster Linie stellen die Ansätze des Finanzhaushalts im Bereich der Investitionstätigkeit konkrete Auszahlungsermächtigungen dar, sofern eine Projektgenehmigung vorliegt (§ 12 KommHV-Doppik). Sie sind deshalb für die Einstellung in den Finanzhaushalt mit höheren Anforderungen verknüpft. Die Mehrjahresinvestitionsplanung hingegen zielt darauf ab, die sich aufgrund mittelfristiger Investitionsplanungen ergebende finanzielle Situation einer Gemeinde unter dem Blickwinkel der Finanzierbarkeit (dauernde Leistungsfähigkeit) abzubilden. Deshalb

ist es auch erforderlich, für eine präzise und vollständige Planung alle Investitionen mit hinreichend belastbaren Gesamtfinanzierungsbedarfen einzubeziehen. Beispielsweise sind nach den städtischen Regularien bei der Mehrjahresplanung bereits Grundsatzbeschlüsse, Projekt- und Planungsaufträge für die Einstellung in das Planwerk ausreichend. Dies führt zu einer entsprechenden Abweichung zwischen den Jahresraten des Mehrjahresinvestitionsprogramms und dem investiven Finanzhaushalt ab 2016, sofern keine Veranschlagungsreife vorliegt.

Unter dem Gesichtspunkt einer **präzisen und vollständigen Mittelfristplanung mit Finanzvorausschau** sind auch die Planungen des 6. Jahres, die zusätzlichen Investitionslisten 2 und 3 sowie die Bekanntgabe „Große Vorhaben in kommenden Jahren“ einzubeziehen.

Korrespondierend mit Differenzen bei den Auszahlungen für Investitionen ergeben sich zwangsläufig auch unterschiedliche Einzahlungsansätze insbesondere bei Vorhaben, für die eine Projektgenehmigung noch nicht vorliegt und die im Mehrjahresinvestitionsprogramm neben der Veranschlagung von Bauraten auch mit entsprechenden Zuwendungsraten einzustellen waren.

Wie bei den Auszahlungen baut sich die bestehende Differenz regelmäßig im Jahresverlauf ab.

E. Folgekosten aus Investitionen des Programmentwurfs

Bei Investitionsplanungen und -entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass dadurch ausgelöste Folgekosten für den Lebenszyklus eines Projektes durchaus ein Mehrfaches der Investitionssumme betragen können und deshalb die jeweiligen Haushaltsplanungen im konsumtiven Bereich spürbar vorbelasten.

Für die in diesen Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 eingestellten Vorhaben sind die bei Inbetriebnahme jährlich ausgelösten Folgekosten nach dem derzeitigen Erkenntnisstand in einer Summe im Datenausdruck ausgewiesen (**Anlage 1**, Spalte "künftig jährliche Folgekosten", Investitionsliste 1 im Programmzeitraum 2015 - 2019 von rund 86 Mio. EUR, die Investitionsliste 2 rund 7 Mio. EUR).

Die Sachreferate sind deshalb gehalten, im Anschluss an die Beschlussfassung über das Mehrjahresinvestitionsprogramm im Dezember 2015 zu prüfen, wie die sich ergebenden Folgekosten aus Investitionen bei der Planung für die Jahre ab 2016 in den Budgets unterzubringen sind. Im Rahmen bestehender Budgets abgedeckte bzw. durch Haushalts-/Einzelbeschlüsse finanzierte Folgekosten aus den Investitionen werden auch von der Mittelfristigen Finanzplanung (§ 9 KommHV-Doppik) aufgenommen. Sie schlagen sich dort hauptsächlich in einer dauerhaften Erhöhung der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nieder.

F. Reihenfolge großer Siedlungen

Die Festsetzung der Reihenfolge großer Siedlungsmaßnahmen für die Jahre 2015 bis 2019 ist für die Aufstellung des Mehrjahresinvestitionsprogramms von grundlegender Bedeutung. Aufgrund des Beschlusses der Vollversammlung vom 18.05.2011 wurde die Reihenfolge großer Siedlungen um Maßnahmen ab 50 Wohneinheiten (vorher 250 WE) erweitert. Auf dieser Basis sowie den städtebaulichen Eckdaten, den aktuellen Versorgungsrichtwerten für Kindertageseinrichtungen und kleinräumigen Bedarfsprognosen wurde ein Infrastrukturversorgungskonzept entwickelt. Es wird als Ergänzung der Reihenfolge der Siedlungen regelmäßig aktualisiert und ist als **Anlage 2** dem Mehrjahresinvestitionsprogramm beigelegt.

Alle relevanten Daten der geplanten Siedlungen und die entsprechenden Übersichtspläne sind aus dem Infrastrukturversorgungskonzept zu ersehen. Danach ist einschließlich des verbindlichen Planungsjahres 2020 die Realisierung von insgesamt rund 39.120 Wohneinheiten (davon 22.330 im MIP - Programmzeitraum 2015 – 2019) vorgesehen.

Die durch Siedlungen ausgelöst und von den Sachreferaten angemeldeten Investitionen für Infrastruktur wurden hinsichtlich des Bedarfs und insbesondere ihrer finanziellen Auswirkungen überprüft und auf den investiven Haushaltsbereich abgestimmt. Durch die Vertretung der Stadtkämmerei in der Arbeitsgruppe „Sozialgerechte Bodennutzung“ finden zusätzlich bei Siedlungsvorhaben, die zu Baurechtsmehrungen führen und deshalb der Arbeitsgruppe vorzustellen sind, grundlegende referatsübergreifende Vorabstimmungen statt.

Einzelvorhaben, die nach den Grundsätzen der Sozialgerechten Bodennutzung durch Infrastrukturbeiträge der Bauträger mitfinanziert werden sollen, werden je nach Stand des Planungsverfahrens und der Vertragsverhandlungen der Investitionsliste 1 bzw. 2 zugeordnet. Nach Aussagen der zuständigen Referate ist die soziale Grundversorgung dieser Siedlungsvorhaben mit Schulen, Kindergärten und Kinderkrippen durch Einstufung der Maßnahmen in die Investitionslisten 1 bzw. 2 sichergestellt.

Die Infrastruktur für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen muss im Rahmen der Gesamtfinanzierung des jeweiligen Planungsgebiets sichergestellt werden. Diese Vorhaben wurden, soweit bereits angemeldet, in der Investitionsliste 1 berücksichtigt und durch entsprechende Entnahmen aus den zweckgebundenen Finanzreserven (SoBoN, Entwicklungsmaßnahmen) abgesichert.

Die Reihenfolge großer Siedlungsmaßnahmen 2015 bis 2019 wird im Planungszeitraum Nachfolgelasten für Infrastruktureinrichtungen in Höhe von rund 558 Mio. EUR, die sich wie folgt aufteilen, auslösen (Mio. €):

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Einzelvorhaben der Investitionsliste 1	552	91	147	125	126	63	25
Einzelvorhaben der Investitionsliste 2	6	0	1	2	1	2	0
Summe	558	91	148	127	127	65	25

Bei der Finanzierung von konkreten Maßnahmen der Infrastruktur haben im Hinblick auf die Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit weiterhin die für die Grundausstattung der Siedlungen notwendigen Vorhaben (Schulen, Kindertagesstätten, Kinderkrippen, Haupterschließungsstraßen, usw.) Vorrang vor lediglich wünschenswerten Einrichtungen (Büchereien, Freizeitstätten, usw.). Dieser Grundsatz gilt auch für Baugebiete, deren Bebauungspläne nach dem Verfahren der Sozialgerechten Bodennutzung behandelt werden, da diese Einrichtungen grundsätzlich nicht zu den durch die Siedlungsmaßnahme ausgelösten ursächlichen Infrastruktureinrichtungen gerechnet werden können. In diesen Fällen finden jeweils Vorabstimmungen in der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Sozialgerechte Bodennutzung“ statt.

G. Programmschwerpunkte

G.1. Investitionsschwerpunkte

Der vor diesem Hintergrund eingebrachte Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 mit dem verbindlichen Planungsjahr 2020 enthält alle gegenwärtig für eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung im Programmzeitraum wesentlichen Investitionsvorhaben. Der Programmentwurf ist insgesamt über alle Aufgabenfelder hinweg ausgewogen. Alle politischen und gesetzlichen Handlungsschwerpunkte kommen deutlich zum Ausdruck. Der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms weist folgende Investitionsschwerpunkte für die weitere Entwicklung der Landeshauptstadt München aus (gerundet, in Mio. €):

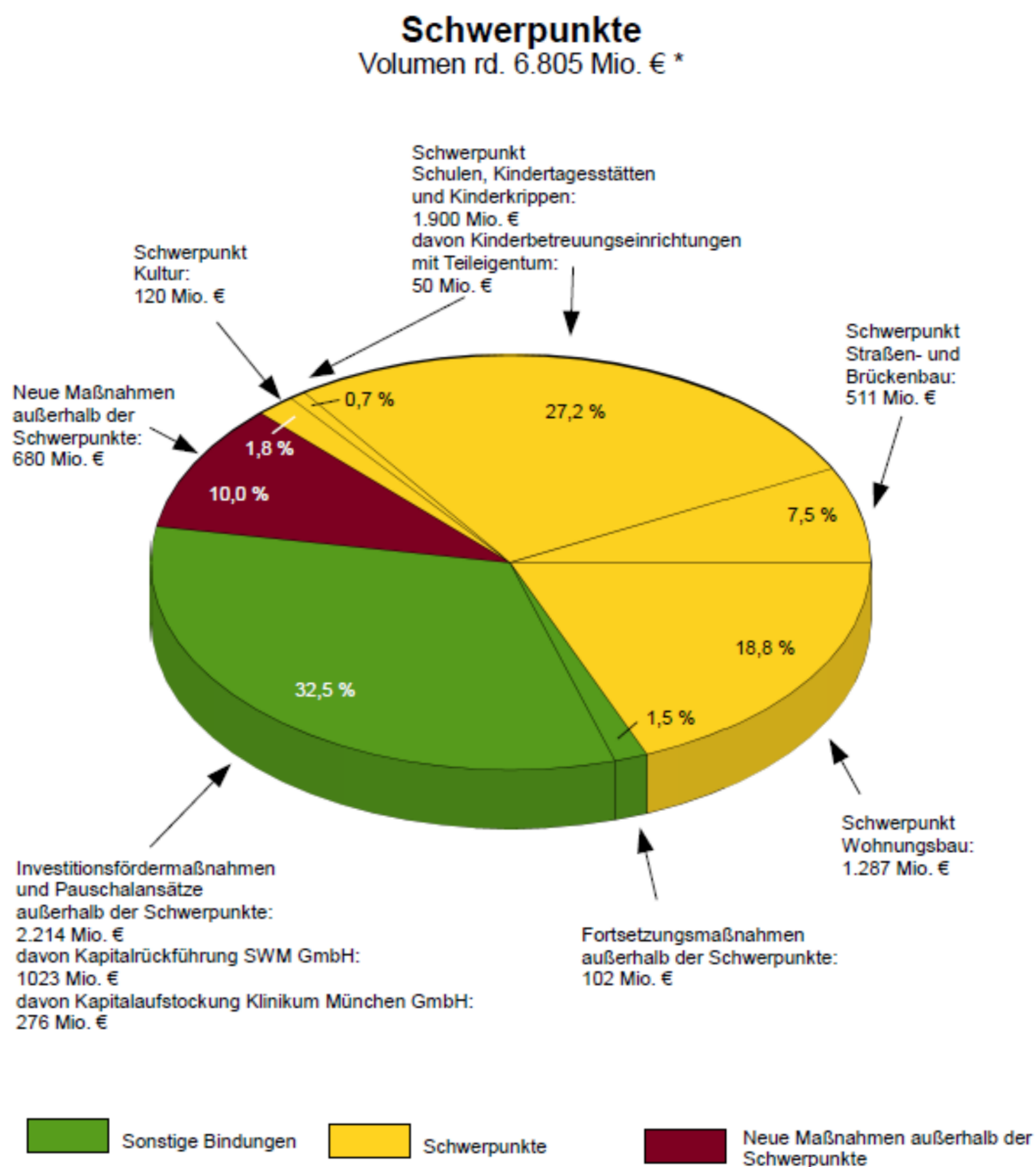
◆ Schulbau, Bau von Kindertagesstätten und -krippen ¹	1.900
◆ Straßen- und Brückenbau	511
◆ Wohnungsbauförderung	1.287
◆ Kultureinrichtungen	120

Die Vorhaben in diesen Schwerpunkten binden über die Hälfte des Investitionsvolumens. Der Schulbau, der Bau von Kindertagesstätten und Kinderkrippen ist dabei mit rund 27,2 % dotiert, der Straßen- und Brückenbau erfordert rund 7,5 %, die Wohnungsbauförderung beansprucht rund 18,8 % des Programmvolumens und der Kulturbereich rund 1,8 %. Die Beschreibung des Programminhaltes (vgl. Anlage 1), vermittelt weitere Einzelheiten zum Entwurf.

Als weitere bedeutende Investition außerhalb der Schwerpunkte, die in der folgenden Grafik dargestellt ist, ist eine Eigenkapitalaufstockung an die SWM GmbH im Jahr 2015, die im Nachtrag 2015 vollzogen wird, in Höhe von 200 Mio. € zu nennen.

¹ Darin sind betragsmäßig rund 50 Mio. € für Teileigentumserwerbungen von Kinderbetreuungseinrichtungen enthalten, die im Abschnitt 8800 eingestellt (siehe Buchstabe C.4.1. der Beschlussvorlage) sind.

Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:



* Nicht enthalten sind die Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (870 Mio. €).

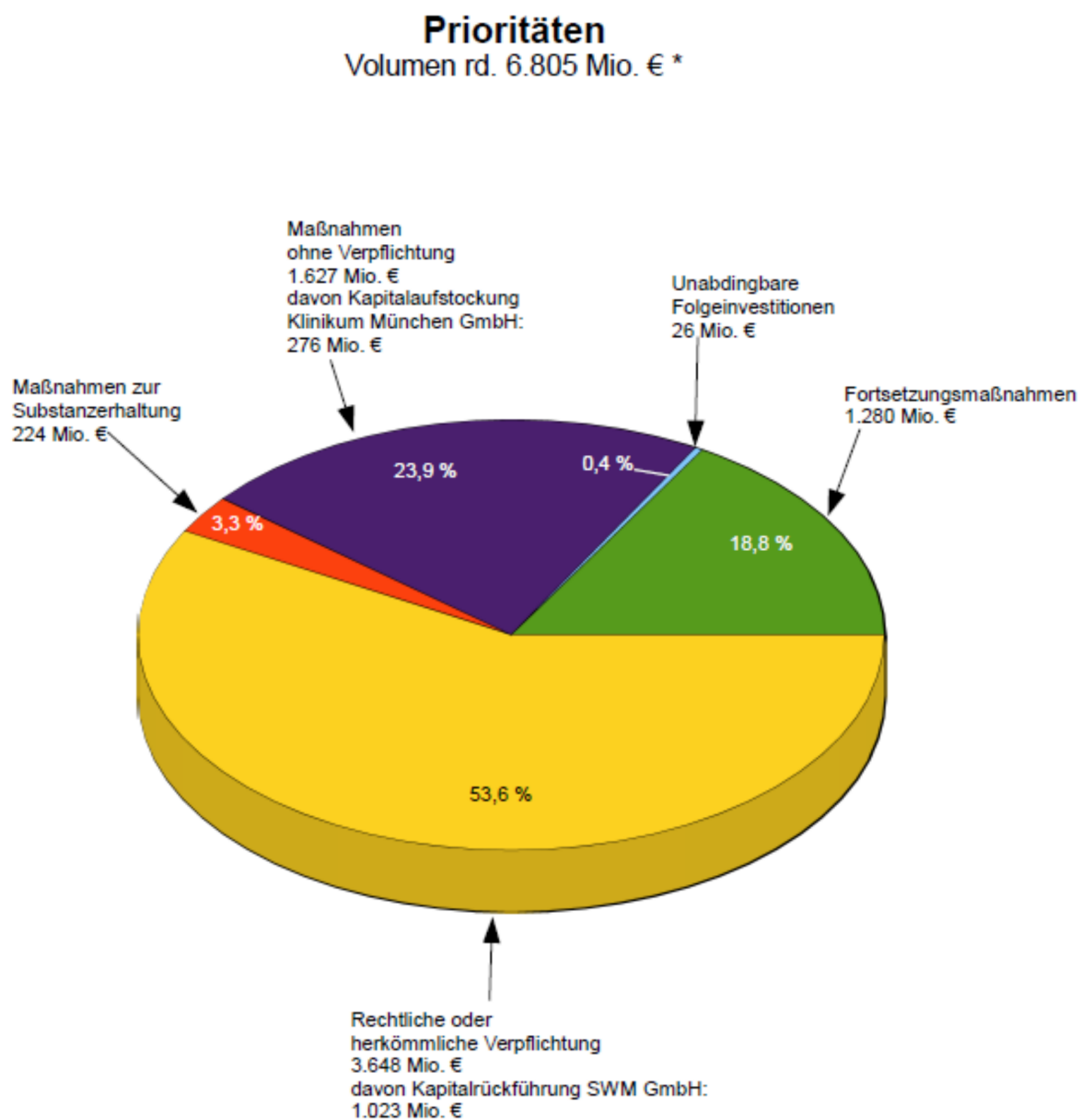
Stand: MIP1519 – VAR 630

G.2. Notwendige Investitionen (Prioritäten)

Der Programmentwurf enthält nach Auffassung der Stadtkämmerei die für die Landeshauptstadt München notwendigen Investitionen. Dabei wurde im wesentlichen die Beschränkung auf Fortsetzungsmaßnahmen, auf Projekte aus den Bereichen der Pflichtaufgaben (mit herausgehobener Bedeutung für Kinderbildung und -betreuung), der notwendigen Grundversorgung sowie der nachhaltigen Substanzerhaltung mit ihren deutlich verstärkten Klima- und Umweltschutzkomponenten eingehalten. Die einzelnen Ansätze des Programmentwurfs wurden in Spalte 3 des Datenausdrucks entsprechend gekennzeichnet. Die erste Stelle der Kennung zeigt den Planungsstand der Vorhaben auf bzw. bringt zum Ausdruck, ob es sich z. B. um eine Fortsetzungsmaßnahme handelt (vgl. Erläuterungen zum Datenausdruck, Anlage 1). Die zweite Stelle zeigt bei allen Ansätzen mit Ausnahme der Fortsetzungsmaßnahmen die Priorität auf, der das Vorhaben zugeordnet ist. Eine Aufteilung des Programmvolumens nach diesen Grundsätzen ergibt folgendes Bild (Mio. €):

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Fortsetzungsmaßnahmen (F)	1.280	321	342	289	227	101	34
Rechtliche oder herkömmliche Verpflichtungen (V)	3.648	644	729	713	741	821	583
Maßnahmen zur Substanzerhaltung (S)	224	43	34	45	48	54	23
Unabdingbare Folgeinvestitionen (U)	26	4	6	6	5	5	2
Maßnahmen ohne Verpflichtung (O)	1.627	643	280	238	232	234	345
Summe	6.805	1.655	1.391	1.291	1.253	1.215	987

Dies ergibt folgendes Bild:



* Nicht enthalten sind die Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (870 Mio. €).

Stand: MIP1519 – VAR 630

Risikoreserve

Bei den Einzelvorhaben sind grundsätzlich keine Anteile für die Risikoreserve eingerechnet. Nur bei der Kategorie „Fortsetzungsmaßnahmen“ sind sie unmittelbar zugeordnet.

Die Ansätze der Risikoreserve für alle Baumaßnahmen ohne Ausführungsgenehmigung wurden in einer Pauschale beim Unterabschnitt 6000 zusammengefasst. Die angemeldete Risikoreserve wurde den notwendigen Veränderungen am materiellen Programminhalt angepasst und nach Maßgabe des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrats vom 28.07.2004 auf 60 % gekürzt und mit rund 54 Mio. EUR im Programmzeitraum eingestellt (in Mio. €):

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Risikoausgleichspauschale, IL 1	54	4	1	14	15	20	10

Jeweils zum Zeitpunkt der Ausführungsgenehmigung wird die Risikoreserve bedarfsgerecht bis zur benötigten Höhe dem betreffenden Projekt zugeordnet, ohne dabei aber die jeweils genehmigte Kostenobergrenze zu überschreiten.

G.3. Programmvolumen der Referate

Zum materiellen Inhalt des Entwurfs des Mehrjahresinvestitionsprogramms wird auf den Datenausdruck, die ihm beigegebene Übersicht, die Schaubilder über die Mittelverteilung nach Referaten, Schwerpunkten und Prioritäten sowie die näheren Erläuterungen zu den jeweiligen Aufgabenbereichen und deren Anteile am Programmvolumen verwiesen (Anlage 1).

Das Volumen des Programmentwurfs wird sich wie folgt auf die jeweiligen Referate aufteilen (Auszahlungen aus Investitionstätigkeit nach Referatsteilhaushalten, gerundet in Mio. €):

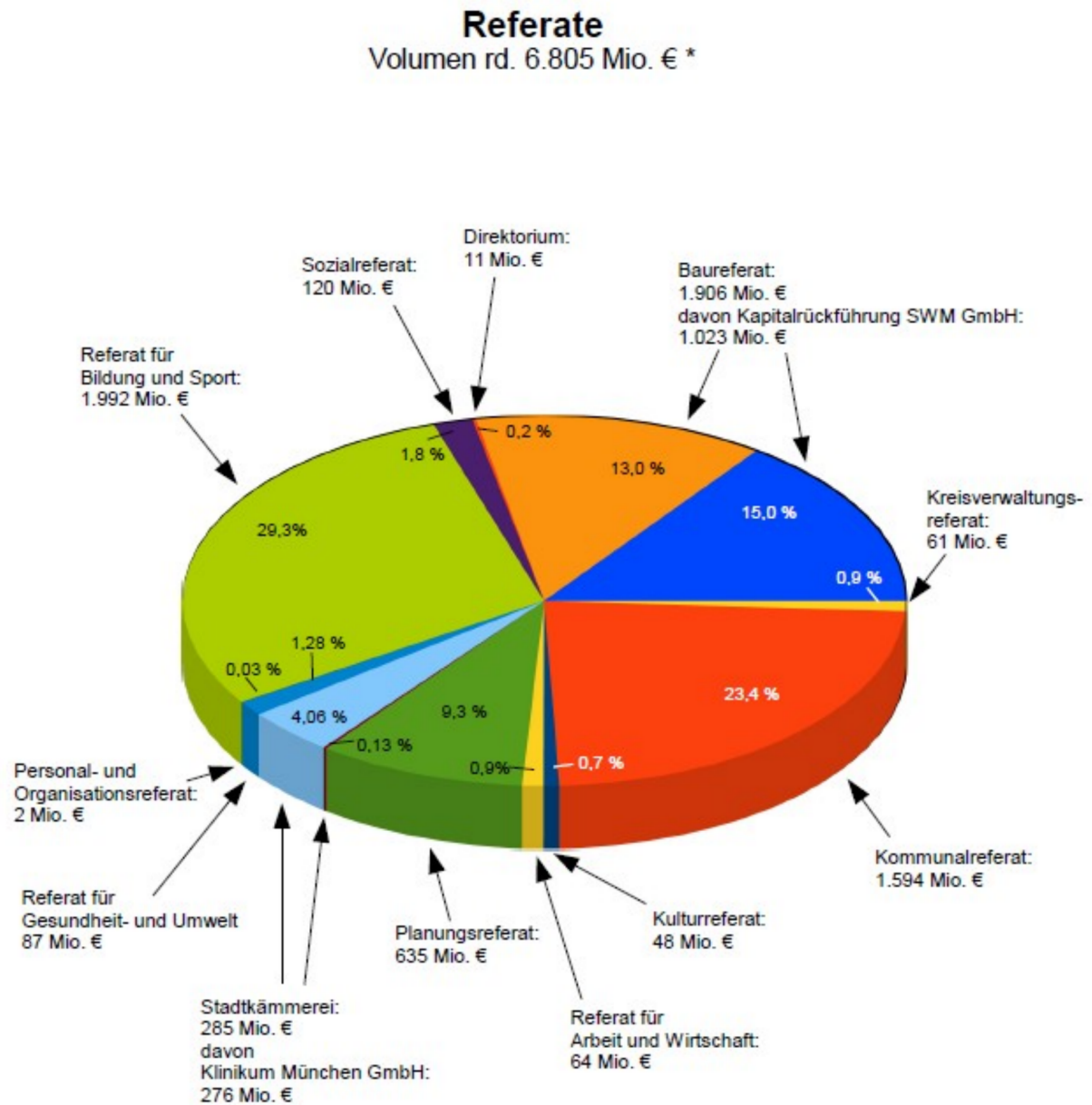
Baureferat ¹	1.906
Direktorium	11
Kommunalreferat	1.594
Kreisverwaltungsreferat	61
Kulturreferat	48
Personal- und Organisationsreferat	2
Referat für Arbeit und Wirtschaft	64
Referat für Bildung und Sport	1.992
Referat für Gesundheit und Umwelt ²	87
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	635
Sozialreferat	120
Stadtkämmerei ³	285
Gesamtvolumen	6.805
zuzüglich Erwerb von Finanzvermögen	870
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.675

¹ Darin enthalten: Anteil Stadtwerke München GmbH (SWM) mit 1.023 Mio. €; im Datenausdruck MIP 2015 – 2019 (Anlage 1) sind die SWM dem UA 6050 zugeordnet.

² Die Städtisches Klinikum München GmbH ist nicht mehr beim Referat für Gesundheit und Umwelt veranschlagt.

³ Darin enthalten: Der Anteil Städtisches Klinikum München GmbH mit 277 Mio. € ist im UA 0305 eingestellt.

Dies ergibt folgendes Bild:



* Nicht enthalten sind die Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (870 Mio. €).

Stand: MIP1519 – VAR 630

H. Bewertungen und weiteres Vorgehen

H.1. Finanzielle Situation für den Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019

Die Gegenüberstellung der jeweiligen Volumina des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 – 2018 mit dem Entwurf 2015 – 2019 ergibt eine starke Steigerung des MIP-Volumens der IL 1 **um 2.109 Mio. EUR** für den gesetzlichen Programmzeitraum von fünf Jahren (MIP 2014 – 2018: 4.696 Mio. €; Entwurf MIP 2015 – 2019: 6.805 Mio. €).

Die Steigerung beruht u.a. auf der hohen Investitionstätigkeit der Landeshauptstadt im Bereich der Bildung. Dies ist insbesondere auf den starken Anstieg der Einwohnerzahl Münchens bis zum Jahr 2030 bedingt. Um die künftigen Anforderungen im Schulwesen zu erfüllen plant die Stadt derzeit Investitionen, wie bereits oben dargestellt, von rund 1,6 Mrd. EUR im Programmzeitraum.

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Summe, nur Einzelplan 2, Schulen	1.603	220	333	277	378	395	695

Aufgrund der bei Ziffer C.3. beschriebenen konzeptionellen Änderung ergibt sich ein vollständiges Bild der zukünftigen mittel- bis langfristigen Belastungen für den städtischen Haushalt nur durch eine Gesamtschau der Summen der IL 1 und der IL 2 im Programmzeitraum.

Im Zeitraum 2015 – 2019 sind folgende Jahresraten für die Rückführung (zzgl. Kapitalaufstockung 2015) an die SWM gemäß dem aktuellen Wirtschaftsplan (in Mio. €) vorgesehen:

Investitionsvolumen	Gesamt 2015 - 2019	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kapitalrückführung/ -aufstockung an die SWM	1.023	307	114	174	228	200	200

Da der Überschuss im gesamten Programmzeitraum jeweils die Wertgrenze von 100 Mio. EUR übersteigt ergeben sich daraus keine negativen Auswirkungen auf den **Finanzplan** und damit auf den Finanzmittelbestand 2015 – 2019, sofern eine neue Unternehmensplanung der SWM GmbH nicht zu Verschlechterungen führt.

Nach Bereinigung um die Gewinnrückführung an die SWM und der Eigenkapitalzuführung ans Städtisches Klinikum München GmbH ergeben sich in der Investitionsliste 1 im Zeitraum 2015 – 2019 Auszahlungen von 5.575 Mio. EUR, siehe auch Tabelle auf Seite 12 oben. Zum vergleichbaren Betrag im Vorjahreszeitraum 2014 – 2018 von 3.774 Mio. EUR ergibt sich bei der Gegenüberstellung eine deutliche Erhöhung bei den Investitionsauszahlungen, die zu finanzieren sind.

Verlässliche finanzielle Auswirkungen für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung 2015 – 2019 sind insbesondere für die Jahre ab 2017 unter anderem erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Steuerschätzung im November 2015 ermittelbar. Für den Planungszeitraum hat die Prognose der Steuerschätzung im Mai dieses Jahres einige positive Änderungen ergeben, die schon in den Haushalt 2015 und Entwurf 2016 eingingen.

Bei den Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit werden die Ansätze zum Stand des Nachtrags 2015 angesetzt. Für das Jahr 2016 liegen derzeit die Ansätze gemäß dem Entwurf des Haushaltsplans 2016 vor. Hier können sich im Schlussabgleich 2016 noch größere Änderungen ergeben.

Die Landeshauptstadt München wird, ihrer finanzpolitischen Zielsetzung des Beschlusses Mittelfristige Finanzplanung 2014 – 2018, FAVV vom 16./17.12.2014 folgend, daher die positiven Effekte der aktuellen Konjunktorentwicklung dazu nutzen, bestehende Schulden noch weiter abzubauen. Im laufenden Haushaltsjahr können Schulden in Höhe von rund 169,2 Mio. EUR getilgt werden. Durch die zusätzliche Tilgung wird der Schuldenstand auf rund 736 Mio. EUR zurückgeführt. Damit sinkt die Pro-Kopf-Verschuldung auf etwa 489 EUR. Die laufenden Auszahlungen für den Schuldendienst werden sich nochmals verringern und den künftigen finanziellen Spielraum verbessern.

H.2. Große Vorhaben in kommenden Jahren und Gesamtschau

Zeitgleich mit dem Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 wird auch die Bekanntgabe der „Finanz- und Investitionsplanung, Große Vorhaben in kommenden Jahren“ in die Vollversammlung eingebracht.

In Verbindung mit dem MIP 2015 – 2019 erhält der Stadtrat damit eine umfassende Gesamtschau aller beschlossenen und finanzierten sowie der zukünftig beabsichtigten, aber noch nicht beschlossenen Investitionen. Dadurch wird transparent, welche finanziellen Belastungen und damit Finanzierungsrisiken mittel- und langfristig auf zukünftige Finanzhaushalte zukommen können.

Die aktuelle Bekanntgabe enthält ein bezifferbares Volumen von rd. **11,6 Mrd. € + X** (Maßnahmen, für die derzeit noch keine Kosten geschätzt werden können). Im Vergleich zum Vorjahr (11,9 Mrd. € + X) ergibt sich damit ein um rd. **240 Mio. €** bzw. rd. **2,0 % geringeres Volumen**.

In diesem Volumen ist u.a eine weitere Pauschale für die Schulbauprogramme 2017 ff. in Höhe von ca. 3 Mrd. € enthalten. Damit sind im MIP sowie in den Großen Vorhaben neben allen in der Vollversammlung am 29.07.2015 beschlossenen Schulbaumaßnahmen der Prioritäten AA auch die Maßnahmen der Priorität A enthalten. Zu den Details wird auf die ebenfalls in der gleichen Vollversammlung eingebrachte Bekanntgabe „Große Vorhaben“ verwiesen.

Hinzu kämen bei einer Realisierung noch jährliche Folgekosten zwischen 150 und 200 Mio. EUR. Ein erheblicher Teil der darin aufgeführten Vorhaben sind Pflichtaufgaben. Sie können daher, unter anderem beim Schulbau und der Modernisierung des Feuerschutzes, nicht oder nur bedingt zeitlich geschoben werden.

Damit bestehen in der Gesamtschau des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 sowie der „Großen Vorhaben“ voraussichtlich ab 2018ff. erhebliche zusätzliche Finanzierungsbedarfe und damit auch deutlich größere Finanzierungsrisiken als es der vorgelegte Entwurf ausweist. Es wird eine enorme Herausforderung werden, dass sich abzeichnende und im Vergleich zu den bisherigen Mehrjahresinvestitionsprogrammen deutlich höhere Investitionsvolumen zu realisieren und zu finanzieren.

Ein gewisser Spielraum besteht allenfalls dann, wenn – soweit dies möglich ist – insbesondere die kostenintensiven Vorhaben stärker zeitlich gestaffelt würden. Bei zukünftigen Investitionsentscheidungen sollte daher mit Ausnahme von Maßnahmen im Schul- und Kinderbetreuungsbereich sowie unabweisbaren Maßnahmen zum Substanzerhalt, geprüft werden, ob und wann diese realisiert werden sollen. Soweit als möglich sind zeitliche Prioritäten zu setzen.

Bei jeder Investitionsentscheidung ist zudem eine eingehende Prüfung der Wirtschaftlichkeit unerlässlich. Je nach Einzelfall kann dies zu verschiedenen Realisierungsvarianten führen. Grundsätzlich sollen notwendige Baumaßnahmen bei einem Projekt wirtschaftlich zusammengefasst werden, was oftmals auch die Förderfähigkeit einer Maßnahme begünstigt. Demgegenüber kann sich aber auch eine organisatorisch und technisch realisierbare Aufteilung in Bauabschnitte wirtschaftlicher darstellen, wenn sich dadurch kostenintensive Provisorien oder Auslagerungen vermeiden lassen. In jedem Falle ist jeweils bereits bei der Erstellung des jeweiligen Nutzerbedarfsprogramms ein größtmögliches Augenmerk auf Möglichkeiten von wirtschaftlichen und vertretbaren Standardfestlegungen/-reduzierungen zu richten.

H.3. Fachausschussberatungen über die eingestellten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit Stellungnahmen der Bezirksausschüsse

Die Referentinnen und Referenten werden die in den Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 eingestellten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ihres Zuständigkeitsbereichs in den Fachausschüssen, die im Oktober und November 2015 stattfinden, im Einzelnen vorstellen und begründen. Weitere Ausweitungen des MIP-Volumens im Rahmen der Fachausschussberatungen sind grundsätzlich zu vermeiden.

Die Bezirksausschüsse wurden entsprechend der Satzung im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogramms gebeten, ihre Vorschläge und Anregungen bekannt zu geben. Die Stellungnahmen der Bezirksausschüsse wurden den Sachreferaten zur Prüfung zugeleitet und werden im Rahmen der Fachausschussberatungen den zuständigen Ausschüssen des Stadtrats zur Entscheidung vorgelegt.

Sofern in den Fachausschussberatungen eine Ausweitung des in diesem Programmentwurf dargestellten Volumens erfolgt, führt dies zu einer weiteren Erhöhung des ohnehin schon sehr hohen Investitionsvolumens.

H.4. Steuerschätzung im November 2015 und Mittelfristige Finanzplanung

Je nach den Ergebnissen der Steuerschätzung im November und deren Auswirkungen auf die Mittelfristige Finanzplanung 2015 – 2019 kann selbst bei Vorhaben, die in die Investitionsliste 1 des Entwurfs eingestellt sind, ggf. nicht in jedem Fall die entsprechende Veranschlagung im Haushaltsplan garantiert werden.

Neben den Fällen einer notwendigen zusätzlichen Finanzierungsentscheidung, müssen in der Regel die Voraussetzungen für die Realisierung der Vorhaben erarbeitet werden (Projektgenehmigung und entsprechende Unterlagen nach § 12 KommHV-Doppik).

Die im Programmentwurf enthaltenen Ansätze für 2016 dienen vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Stadtrates im Dezember den Sachreferaten als Grundlage für die Planung der investiven Ansätze im Haushaltsplan 2016.

Parallel hierzu müssen auch alle Feststellungen und Entscheidungen über die Modalitäten der Finanzierung der Folgekosten aus den Investitionen abgeklärt und vorbereitet werden (Details hierzu siehe bei Buchstabe E.).

Rechtzeitig vor der Beschlussfassung über das Mehrjahresinvestitionsprogramm und die Mittelfristige Finanzplanung im Dezember 2015 wird die Stadtkämmerei deshalb bei einer Reihe besonders „zahlungskritischer“ Vorhaben den voraussichtlichen realistischen Mittelabfluss bis zum Jahresende 2015 mit den betreffenden Referaten überprüfen. Soweit erforderlich werden dann einzelne Bedarfe und Ratierungen in Abstimmung mit den Referaten noch angepasst.

Das aktuell sehr hohe Investitionsvolumen sowie die darüber hinaus stetig zunehmenden, kostenintensiven Anforderungen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit erfordern ein auskömmliches Einzahlungsniveau. Deshalb wird erst nach Erarbeiten der Mittelfristigen Finanzplanung 2015 – 2019 auf Basis der Steuerschätzung und der ergänzenden städtischen Prognosen feststehen, ob das **Volumen des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2015 – 2019 finanzierbar ist, d.h. ob die Eigenmittel der Stadt reichen.**

Die Mittelfristige Finanzplanung 2015 – 2019 mit dem ihr zugrunde zu legenden Mehrjahresinvestitionsprogramm ist gesetzlich dahingehend zu entwickeln und auszutarieren, dass die wesentlichen Voraussetzungen für einen genehmigungsfähigen Haushalt 2016 geschaffen und darüber hinaus der Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit erbracht werden kann.

In der **Anlage 1** ist eine Auflistung über Vorhaben, für die der Stadtkämmerei in 2014 bzw. 2015 Schlussabrechnungen zugeleitet wurden, enthalten. Die dort eingesparten Beträge sind nicht mehr im MIP 2015 – 19 enthalten und kommen dem Finanzmittelbestand zu Gute.

Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle, da eine alljährliche Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogramms erfolgt.

Der Korreferent der Stadtkämmerei, Herr Stadtrat Michael Kuffer sowie der Verwaltungsbeirat der HA II, Herr Stadtrat Hans Dieter Kaplan, haben Abdruck dieser Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms für die Jahre 2015 bis 2019 mit der verbindlichen Planung für das Jahr 2020 wird zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.
Eine Fortschreibung des geltenden Mehrjahresinvestitionsprogramms für die Jahre 2014 bis 2018 findet nicht mehr statt.
2. Bei Maßnahmen der Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) sollen die Projekte in die Investitionsliste 1 aufgenommen werden, sobald ihr Planungsstand bzw. die Vertragsverhandlungen dies zulassen. Die Stadtkämmerei bleibt ermächtigt, die mit den jeweiligen Zahlungseingängen verbundenen Änderungen des Mehrjahresinvestitionsprogramms zu gegebener Zeit vornehmen zu können.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Der Referent

Dieter Reiter
Ober-/Bürgermeister/in

Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Revisionsamt

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an SKA – HA I

an SKA – HA II

mit der Bitte um Kenntnisnahme

V. Abdruck von I. mit IV.

an das Baureferat

an das Direktorium

an das Kommunalreferat

an das Kreisverwaltungsreferat

an das Kulturreferat

an das Personal- und Organisationsreferat

an das Referat für Arbeit und Wirtschaft

an das Referat für Gesundheit und Umwelt

an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

an das Referat für Bildung und Sport

an das Sozialreferat

an die Stadtkämmerei – GL

an die Stadtwerke München GmbH

an die Städtische Klinikum München GmbH

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

VI. Stadtkämmerei HA II/21